

Ein Ende mit Schrecken – Frankreich nach den Wahlen

Als am 23. April 2017 die Wahlergebnisse der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen über die Bildschirme flimmerten, wurde vielen klar, dass in diesem Augenblick ein politisches Erdbeben stattfand (Martin 2017). Der Einzug von Marine Le Pen und Emmanuel Macron in die Stichwahl manifestierte einen radikalen Bruch mit den politischen Strukturen des modernen Frankreichs: Erstmals in der Geschichte der V. Republik stand kein Kandidat der beiden großen Parteien in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl. Sowohl François Fillon von den konservativen Les Républicains (LR) als auch der Kandidat der sozialdemokratischen Parti Socialiste (PS), Benoît Hamon, spielten im Rennen um den Élysée-Palast nur eine Nebenrolle. Dagegen wurde mit Macron ein Kandidat französischer Staatspräsident, der von keiner der beiden traditionellen Großparteien unterstützt worden war.

Das politische Erdbeben wiederholte sich bei den Parlamentswahlen im Juni 2017. Während die Partei von Macron „La République En Marche“ (LREM) überraschenderweise und trotz des französischen Mehrheitswahlrechts die absolute Mehrheit erringen konnte, wurden die konservative Fraktion in der Assemblée nationale halbiert und die Sozialdemokratie pulverisiert. Dagegen konnte die linke Bewegungspartei „La France insoumise“ (LFI) um Jean-Luc Mélenchon mit einer eigenen Fraktion ins Parlament einziehen. Ebenso

erzielte der Front National (FN) mit acht Mandaten ein historisches Ergebnis¹.

Die Erschütterung der politischen Landschaft zeichnete sich schon länger ab. Spätestens seit den Europawahlen 2014 und dem Aufstieg des FN wurde deutlich, dass das Zweiparteiensystems, das über Jahrzehnte das politische System stabilisiert hatte, stark an Unterstützung durch die Bevölkerung verlor (Syrovatka 2015). Vor diesem Hintergrund muss auch der Aufstieg von Macron verstanden werden.

Die französische Transformationskrise

Die Erosion des Zweiparteiensystems und die in den Wahlen offen ausgebrochene Repräsentationskrise müssen vor dem Hintergrund ökonomischer und ideologischer Umwälzungen seit den 1970er Jahren verstanden werden. Mit dem Ende des französischen Fordismus der „goldenen dreißig Jahre“ (*Trente Glorieuses*) und der angebotspolitischen Wende unter François Mitterrand 1984 kam es zu einem radikalen Umbau der Wirtschaft vom *state capitalism* zum *state*

1 Auch wenn das Ergebnis deutlich schlechter als erwartet war, hatte doch Le Pen den Einzug in Fraktionsstärke als Wahlziel ausgegeben. Infolge der Wahlen kommt es im FN daher zu starken strategischen Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs der Partei.

influence capitalism (Schmid 2002). Infolge des Wegfalls staatlicher Industrieförderung (*Colbertisme*) und dem Ende der Wirtschaftssteuerung (*Planification*) sowie einer umfassenden Deregulierung der Finanzmärkte wurde die Wirtschaft durch starke Deindustrialisierungs- und Finanzialisierungsprozesse geprägt. Vor allem die ehemaligen industriellen Zentren Frankreichs im Norden des Landes wurden von den Transformationsprozessen stark getroffen. Infolge des Niedergangs der Industrie kam es in diesen Regionen zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit sowie zu einer Kapitalkonzentration in den großen Städten, während ländliche Gebiete abgehängt wurden (Vail 2010).

Mit den Umbrüchen gerieten auch die tief sitzenden Überzeugungen im Alltagsverstand der Menschen ins Wanken. Die ökonomischen Zuspitzungen infolge der Wirtschaftskrise seit 2008 und deren primär angebotspolitische Bearbeitung erschütterten den historisch tief verwurzelten ideologischen Mythos vom vorsorgenden und regulierenden Staat. Die zahlreichen Reformen vor allem im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter Nicolas Sarkozy und François Hollande beinhalteten auch die zentrale Botschaft, dass die staatliche Politik die Ansprüche der Bevölkerung nicht mehr erfüllen will.

Infolge der Transformationen erodierte zudem der sogenannte französische Gleichheitsgrundsatz, der seit der französischen Revolution zentraler Bestandteil verschiedener Verfassungen war. Zum einen wurde versucht, die zunehmenden Entfremdungserscheinungen zwischen Regierenden und Regierten durch Nationalismus wettzumachen, in Form einer Debatte über die französische Identität und ihren spezifischen Charakter. Vor allem in den Präsidentschaftswahlkämpfen 2007 und 2012 wurde eine nationalistische Rhetorik als

„ideologischer Kitt“ genutzt, um Ungleichheit und die Krisenprozesse zu bearbeiten (Syrovatka 2015). Dabei wurde die Debatte zunehmend rassistisch geführt, was mit einer Verschiebung der Charakterisierung der französischen Identität einherging. Wurde diese bis dahin im öffentlichen Verständnis primär über die französische Sprache und Kultur definiert, herrscht nun zunehmend ein naturalisierendes und völkisches Verständnis von Identität vor. Zum anderen geriet der Gleichheitsgrundsatz in seiner sozialen Dimension, durch die Abnahme sozialer Mobilität und die zeitgleiche Zunahme von Deklassierungsangst, unter Druck. Auch in Frankreich kam es seit den 1970er Jahren, und verstärkt seit der Krise, zur Herausbildung einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016). Primär in der unteren Mittelschicht wie in der Arbeiterklasse sind Kontroll-, Perspektiv-, und Traditionsverlust inzwischen breit geteilte Erfahrungen.

Der Bruch von sozialen Versprechen, die jahrzehntelang mit dem Staat assoziiert wurden, hatte zugleich eine Delegitimierung von politischen Strukturen zur Folge, die durch die Umwälzungen und mit der Wirtschaftskrise seit 2008 verstärkt wurde. Die Repräsentationskrise kann daher nicht isoliert von den wirtschaftlichen und kulturellen Veränderungen verstanden werden. Vielmehr sind die politischen Krisendynamiken, die durch die Präsidentschaftswahlen offenbar wurden, in ein komplexes Krisengeflecht eingebettet. Zwar entstanden die verschiedenen Dynamiken teilweise unabhängig voneinander, jedoch haben sie sich gegenseitig beeinflusst und verstärkt.

Frankreich ein gespaltenes Land

Die Wahlergebnisse offenbaren ein sozial und geografisch zerrissenes Land. Am

auffälligsten ist dabei die *geografische Spaltung* zwischen Nord- und Südfrankreich. Ein Blick auf die Gewinner der einzelnen Wahlkreise bei den Präsidentschaftswahlen zeigt eine Zweiteilung des Landes, die sich fast wie eine Linie von der Normandie bis zu den Pyrenäen zieht. Während Le Pen in der ersten Runde vor allem im Norden und Osten sowie im Südosten Frankreichs die Mehrheit der Wahlkreise gewinnen konnte, punktete Macron vorrangig im Süden und Westen des Landes. In der Stichwahl erhielt Le Pen in der Region Pas-De-Calais rund 52 Prozent und damit eines ihrer besten Ergebnisse. In der Region Asine, ebenfalls in Nordfrankreich, gewann sie mit rund 53 Prozent. In einigen Städten in der Picardie erreichte sie sogar mehr als 70 Prozent.

Auch bei den Parlamentswahlen im Juni, bei denen der FN insgesamt schlechter abschnitt als bei den Präsidentschaftswahlen², hatte die rechtsradikale Partei ihre besten Ergebnisse im Norden des Landes. Allein in Pas-De-Calais zogen vier KandidatInnen des FN in die Assemblée nationale ein. Le Pen erhielt in der Stichwahl in ihrem Wahlkreis mit 58,6 Prozent das beste Ergebnis ihrer Partei.

Diese Regionen im Norden Frankreichs stehen exemplarisch für jene, die von den Transformationsprozessen der letzten Jahrzehnte am stärksten benachteiligt wurden. Die ehemals industriellen Zentren des Landes sind nach Zerschließungen und dem Wegzug der Industrie verarmt und überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Soziale Infrastruktur fiel Sparzwängen zum Opfer: Schwimmbäder, Schulen und Krankenhäuser wurden

geschlossen und sind oftmals nur noch in den größeren Städten zu finden. Es sind Regionen, die stark durch die Erfahrungen von Kontroll-, Perspektiv- und Traditionsverlust geprägt sind (Dörre u.a. 2017). Die Ohnmacht gegenüber politischen Entscheidungen ging dabei mit einem Vertrauensverlust gegenüber staatlichen Regulierungsinstanzen und einem Misstrauen gegenüber politischen Eliten einher, die im „fernen Paris“ verortet werden. Die Prozesse und Verlusterfahrungen im Norden Frankreichs haben zu einer „gefährlichen Gemengelage“ (ebd.: 99) geführt und die Menschen offener gegenüber dem FN werden lassen. Dieser hat es wiederum verstanden, die Sorgen und Nöte der Menschen anzusprechen und sich tief in der sozialen Struktur zu verankern (Andolfatto u.a. 2016; Gobin 2015).

Zugleich sind die nördlichen Regionen stark ländlich geprägt und infrastrukturell abgehängt. Dies offenbart eine weitere Spaltungslinie. Während Marine Le Pen vor allem in den ländlichen und strukturschwachen Regionen viele Stimmen auf sich vereinen konnte, siegte Macron vor allem in den urbanen Regionen mit ausgebauter Infrastruktur. So erhielt er in der ersten Runde mit 24 Prozent in Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen und mit 29 Prozent im Großraum Paris die meisten Stimmen aller KandidatInnen. Le Pen dagegen wurde mit 23 bzw. 25 Prozent die stärkste Kandidatin in ländlichen Gebieten und Kleinstädten. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch in der Stichwahl, in der Le Pen vor allem in jenen Regionen stark war, welche primär ländlich geprägt und strukturschwach sind. In vielen Regionen, vor allem im Norden und Südosten, korrelieren die Ergebnisse des FN umgekehrt proportional mit der Größe des jeweiligen Ortes. Je weniger Einwohner ein Dorf hat und je strukturschwacher die

2 Dennoch erreichte der FN aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechts mit acht Mandaten ein historisches Ergebnis und eine Vervierfachung der Mandate im Vergleich zur Parlamentswahl 2012.

Region ist, desto stärker ist der FN. Macron dagegen wurde in der Stichwahl allein im Großraum Paris mit mehr als 90 Prozent aller Stimmen gewählt.

Macron war zudem in jenen Regionen stark, die deutlich weniger von den ökonomischen Transformationsprozessen betroffen waren. Ein gutes Beispiel dafür sind die Regionen Bretagne und Pays-de-la-Loire im Westen des Landes, die wirtschaftlich in erster Linie durch den Tourismus, eine moderne Landwirtschaft und eine international wettbewerbsfähige Industrie (v.a. Automobilindustrie) geprägt sind. Sie gehören seit Jahren zu den wachsenden Regionen Frankreichs und weisen neben einer niedrigen Arbeitslosigkeit auch eine sehr gut ausgebaute Infrastruktur auf. In beiden Regionen holte Macron bei den Präsidentschaftswahlen seine besten Ergebnisse. Die geografische Spaltungslinie hat dabei auch eine soziale Dimension, die sich in den Ergebnissen der Nachwahlbefragungen ausdrückt (nachfolgend: IPSOS 2017). Demnach wird Le Pen primär von jenen gewählt, die sowohl über niedrige Einkommen als auch über vergleichsweise niedrige Bildungsabschlüsse verfügen. Dagegen sind die Macron-WählerInnen überdurchschnittlich gut gebildet und verfügen über ein hohes monatliches Einkommen. Dieses sozialstrukturelle Bild zeigte sich sowohl in der ersten Runde als auch in der Stichwahl. So erreichte Le Pen bei denjenigen, die weniger als 1.250 Euro monatlich zur Verfügung haben, im ersten Wahlgang mit 32 Prozent Zustimmung (45% im zweiten Wahlgang) das beste Ergebnis aller KandidatInnen. Dagegen wurde Emmanuel Macron bei den WählerInnen mit einem Einkommen von mehr als 3.000 Euro monatlich mit 32 Prozent (75%) der beste Kandidat.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich mit Blick auf das Lohnarbeitsverhältnis. Während in der ersten Runde 33 Prozent (82%

im zweiten Wahlgang) der leitenden Angestellten und Führungskräfte für Macron stimmten, waren es bei den ArbeiterInnen nur 16 Prozent (44%). Diese wählten in erster Linie Le Pen, die mit 37 Prozent (56%) sowohl in der ersten als auch in der zweiten Runde die präferierte Kandidatin der ArbeiterInnen war – einer Gruppe übrigens, die mit 32 Prozent ebenso überproportional nicht zur Wahl gegangen ist. Einzige Ausnahme dieser sozialen Typologisierung der WählerInnen stellen die Arbeitslosen dar. Diese wählten nämlich in der ersten Runde mit einer deutlichen Mehrheit von 31 Prozent den linken Kandidaten Jean-Luc Mélenchon.

Die französische Repräsentationskrise

Die soziale und geografische Spaltung zeigt, dass die Entwicklung der Repräsentationskrise nicht eindimensional und unabhängig von anderen Krisendynamiken verstanden werden kann. Die stärkere Einbindung Frankreichs in den Weltmarkt seit den 1970er Jahren und der europäische Integrationsprozess gingen mit zunehmenden strukturellen Zwängen für die Politik einher. Diese förderten nicht zuletzt eine „Entideologisierung der Parteien“ (Poulantzas 1978: 260) und eine stärkere Verquickung zwischen Politik und Ökonomie. Die inhaltliche Angleichung oder, wie Poulantzas schon 1978 formulierte, die Wandlung der traditionellen Volksparteien zu „bloßen Kanälen der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik, die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird“ (ebd.), hatten die Sozialdemokratie und die Konservativen zu Karrierenetzwerken werden lassen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu schrieb 1989 von einer Herausbildung eines „Staatsadels“, also

von der Konstitution einer sich selbst reproduzierenden politischen Klasse. Als Verwalter der neoliberalen Politik entwickelten sich die großen Parteien in erster Linie zu Karrieresprungbrettern von Absolventen der Elitehochschulen. Kaum ein führender Funktionär der beiden großen Parteien wurde nicht in einer der Grand Écoles (v.a. École normale supérieure oder École des hautes études commerciales) ausgebildet (Bourdieu 2004; Charle 2017). Diese wiederum zeichnen sich durch eine starke soziale Selektion aus. Die Mehrzahl der Studierenden an den Grand Écoles entstammt dem gehobenen Bürgertum, während nur knapp vier Prozent der Studierenden aus ökonomisch weniger wohlhabenden Familien kommen.

Die intakten fordistischen Arrangements und Kompromissstrukturen fingen die Krisentendenzen des politischen Systems und das strukturelle Demokratiedefizit der V. Republik noch auf. Infolge der zunehmend angebotspolitisch ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde die politische Krise jedoch manifest. Je stärker die Kompromissstrukturen erodierten, desto deutlicher wurden die Schwächen der französischen Demokratie, die geringen Partizipationsmöglichkeiten sowie eine sich selbstreproduzierende politische Klasse offensichtlich. Daher verschärfte sich die politische Krise mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Frankreich ab 2008.

Die Durchsetzung angebotspolitischer Reformen führte zu einer weiteren Zerstörung der verbliebenen fordistischen Strukturen und darüber hinaus zu einer Ausweitung von Entfremdungs- und Ohnmachtserfahrungen auf weite Teile der Bevölkerung. Seit 2008 wurden, teils gegen starke Proteste und Streiks, zwölf fundamentale Reformpakete durchgesetzt (Syrovatka 2016). Die Aufkündigung der „republikanischen Traditionslinie, die darin

bestand, Politiken zumindest dann nicht weiterzuverfolgen, wenn sich ‚der Souverän‘ massenhaft auf den Straßen zeigte“ (Oberndorfer 2017), hat in weiten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung genährt, dass sie durch das politische System und seine Akteure nicht mehr repräsentiert werden. Der Ablösungsprozess zwischen Regierenden und Regierten manifestierte sich nun in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen – um mit Gramsci (2002: 1577) zu sprechen – an jenem historischen Punkt, an dem sich „die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien“ lösen, da diese „von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt“ werden. Ein solcher Prozess bringt eine Übergangssituation hervor, ein Kampffeld, in dem um die Neugestaltung der politischen Ordnung gerungen wird.

Das Ende des Zweiparteiensystems, wie wir es kennen

Die Wahlergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind daher Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber dem politischen System und seinen Repräsentanten. Dafür spricht in erster Linie die historisch niedrige Wahlbeteiligung. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen blieben mit rund 25 Prozent (22% in der ersten Runde) so viele Menschen wie seit 1969 nicht mehr zu Hause. Bei den Parlamentswahlen verweigerten mit 51 Prozent in der ersten und 57 Prozent in der zweiten Runde so viele Menschen wie noch nie eine Stimmenabgabe.

Zugleich spiegelte sich das tiefe Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Akteuren in den Wahlergebnissen. Für die beiden traditionellen Großparteien endeten beide Wahlen in einem Desaster. Die Konservativen verfehlten nicht nur die Stichwahl bei den Präsidentschaftswahlen,

sondern verloren zudem fast die Hälfte ihrer Parlamentsfraktion in der Nationalversammlung. Nur die Sozialdemokratie verlor mehr Mandate. Umfasste die sozialdemokratische Fraktion aus PS und anderen sozialdemokratischen Parteien 2012 noch 331 Abgeordnete, so schrumpfte sie nun um mehr als 90 Prozent auf 32 Mandate. Das Ergebnis wirft die Frage nach der Zukunft der ehemaligen Volkspartei auf, auch weil mit dem Wahldesaster ein Großteil der staatlichen Parteienfinanzierung weggebrochen ist.

Dagegen konstituierten sich auf dem neu geschaffenen Kampffeld drei Akteure, die sich von den traditionellen Parteien abgrenzten und sich selbst als Außenseiter inszenierten. Neben Le Pen bzw. dem FN waren dies Macron und Mélenchon, die von dem Niedergang der traditionellen Parteien profitierten. Beide Kandidaten gründeten ihre Erfolge auf einer neuartigen Wahlformation, die organisatorisch auf sie als Anführer zugeschnitten war, zugleich jedoch eine stärkere Mitgliederbeteiligung erlaubte. Diese neue Form der „Bewegungspartei“ ermöglichte, dass sich sowohl Mélenchon als auch Macron glaubhaft von den etablierten politischen Strukturen abgrenzen und jenseits der klassischen Parteienmobilisierung eine Vielzahl an WählerInnen ansprechen konnten.

Der linke Kandidat Mélenchon und seine Bewegungspartei LFI bedienten sich dabei eines moralischen Diskurses und markierten eine Frontstellung zwischen dem „Volk“ und der „präsidentiellen Monarchie“ der politischen Eliten. In Verbindung mit der sozialen Frage intervenierte LFI dabei effektiv in den Wahlkampf und konnte derart einen „Dritten Pol“ (Candeias/Brie 2016) neben Macron und Le Pen sichtbar machen. Die Forderung nach einer Neugründung des politischen Systems ging mit einer strategischen Bündnispolitik

einher. LFI grenzte sich auch deutlich von der etablierten parlamentarischen Linken aus Grünen, PS und Kommunistischer Partei ab. Die zugleich offene und partizipative Wahlkampfstrategie abseits der klassischen Parteienmobilisierung sprach eine Vielzahl von WählerInnen jenseits des traditionellen linken Spektrums an. So konnte Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen sowohl bei jungen und migrantischen WählerInnen punkten als auch bei ArbeiterInnen, Armen und Angestellten (IPSOS 2017: 5, 9). Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den Parlamentswahlen, bei denen LFI 17 Mandate erringen und somit eine eigene Fraktion bilden konnte.

Ähnlich wie Mélenchon distanzierte sich auch Macron von den etablierten politischen Strukturen. Anders als jener bediente sich Macron aber weniger eines moralischen als eines technokratischen Diskurses der Überparteilichkeit. So wurde von „En Marche“ die Lösung zentraler ökonomischer und politischer Probleme abseits ideologischer Auseinandersetzungen betont. Macron selbst inszenierte sich dabei als Reformier und politischer Querdenker, der über den Parteien steht. Die LREM-KandidatInnen für die Parlamentswahlen wurden in einem offenen Bewerbungsverfahren von einer Jury ausgewählt und hatten entweder nur wenig politische Erfahrung oder kamen aus dem Lager der Konservativen bzw. Sozialdemokraten. Zugleich entstammt ein Großteil der vorher nicht politisch aktiven Abgeordneten aus der Wirtschaft. So finden sich in der LREM-Fraktion zahlreiche UnternehmerInnen, leitende Angestellte von Banken und Versicherungen, JuristInnen und MedizinerInnen³. Ein ähnliches Bild zeigt

3 So zog etwa als prominentestes Beispiel der Unternehmer und Fernsehmoderator

sich in der neuen Regierung, in der u.a. mit Muriel Pénicaud die ehemalige Vorstandsvorsitzende der Unternehmensberatung „Business France“ als Sozialministerin sitzt.

Die Geschwindigkeit des Aufstiegs von Macron und seiner Bewegung sowie die parteiübergreifende Unterstützung⁴, bei zeitgleicher Auflösung der Sozialdemokratie, verdeutlichen die Tiefe der organischen Krisen. Hier zeigt sich der Versuch der „traditionell führenden Klassen“, die Kontrolle über die Situation wiederzugewinnen, die im Begriff war, „ihr mit größerer Geschwindigkeit zu entgleiten“ (Gramsci 2012: 1578). Dazu werden nicht nur „Menschen und Programme“ ausgetauscht, sondern zugleich findet ein Prozess statt, in dem die „Truppen vieler Parteien unter die Fahne einer einzigen Partei“ wechseln; ein „Prozess der Verschmelzung einer ganzen gesellschaftlichen Gruppe unter einer einzigen Führung [...], die als einzige für fähig gehalten wird, ein existentiell dominantes Problem zu lösen und eine tödliche Gefahr abzuwenden“ (ebd.).

Bruno Bonnell, Mitgründer des französischen Computerspieleherstellers Attari Games, für LREM ins Parlament ein. Insgesamt gehören zur LREM-Fraktion 148 leitende Angestellte (*cadres*), 60 Selbstständige (*professions libérales*) und 34 Unternehmensleiter (*chefs d'entreprise*). Unter den Abgeordneten von LREM finden sich, wie im gesamten Parlament, keine Arbeiter (*ouvrier*). Vgl. *Liberation*, 20.6.2017.

4 In dem breiten Unterstützerkreis findet sich neben zahlreichen sozialdemokratischen Funktionären u.a. auch der ehemalige Sekretär der KPF, Robert Hue, der Grüne Daniel Cohn-Bendit, der Vorsitzende der liberalen Partei MoDem, François Bayrou, oder der ehemalige Sekretär der LR, Jean-Baptiste Lemoyne.

Die Herauslösung zahlreicher Funktionäre aus der PS und das Überwechseln prominenter Mitglieder aus anderen Parteien zu „En Marche!“ lassen daher erahnen, dass eine Revitalisierung des Zweiparteiensystems – wie wir es kennen – mittelfristig nicht zu erwarten ist. Zum einen, weil die PS nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vor ihrer Auflösung steht. Der deutliche Wegfall staatlicher Wahlkampffinanzierung trifft die Partei hart und wird mittelfristig zu einem massiven Abbau von Organisationsstrukturen führen. Zugleich haben mittlerweile zahlreiche Mitglieder die Partei verlassen, darunter auch prominente Funktionäre wie der PS-Präsidentschaftskandidat Benoît Hamon und der ehemaligen Premierminister Manuel Valls.

Zum anderen weil auch die konservative LR stark angeschlagen ist und unmittelbar vor der Spaltung steht. Die beiden dominanten Parteiflügel sehen sich nach den enttäuschenden Wahlergebnissen zunehmend in einem Konflikt: Während der rechte Parteiflügel um den ehemaligen Hochschulminister Laurent Wauquiez das konservative Profil der Partei schärfen und wahltaktisch auch Bündnisse mit dem FN eingehen möchte, strebt der gemäßigte Flügel um Jean-Pierre Raffarin und Christian Estrosi eher eine Ansprache breiter Wählergruppen und ein politisches Wirken ins liberale Lager hinein an. Der parteiinterne Kampf wird dadurch befeuert, dass sich immer mehr gemäßigte Konservative zur liberalen Bewegung „En Marche!“ bekennen. Zugleich sind zahlreiche prominente Gesichter zu Macron übergelaufen. Neben Édouard Philippe (Premierminister) und Bruno Le Maire (Wirtschaftsminister) besetzen zwei einflussreiche LR-Mitglieder wichtige Posten in der Regierung von Macron. Diese Entwicklung befördert die Spaltungslinien in LR und stellt die Partei vor eine Zerreißprobe. Die Anziehungskraft, welche von

„En Marche!“ auch auf die konservative Partei ausstrahlt, droht die Konservativen mittelfristig zu zerlegen. Erste Anzeichen einer Spaltung zeigten sich schon kurz nach der Parlamentswahl Ende Juni, als sich die konservative Fraktion in der *Assemblée nationale* an dieser Frage entzweite⁵. Ein Zerbrechen der Partei würde daher mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass der konservative Flügel eine Neukonstitution der französischen Rechten anstrebt, unter Einbeziehung zumindest von Teilen des FN. Demgegenüber wird sich der größere, gemäßigte Flügel „En Marche!“ anschließen. Damit wäre dann der Prozess abgeschlossen, der „En Marche!“ zu jener Partei hat werden lassen, „welche die Bedürfnisse der Gesamtklasse besser vertritt und zusammenfasst“ (Gramsci 2012: 1578).

Wie weiter?

Mit Macron wurde ein Verfechter des „Dritten Weges“ zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt (Syrovatka 2017). Sein Regierungsprogramm ist inspiriert von den Ideen Anthony Giddens‘ (2001: 43) und durchzogen von dem Gedanken, dass „die Unternehmen [...] und [...] privates Kapital von entscheidender Bedeutung für Sozialinvestitionen“ sind. Damit steht Macron programmatisch in einer Kontinuität zu Tony Blair und Gerhard Schröder. Es scheint daher fraglich, ob der neue Präsident in der Lage sein wird, die verschiedenen Krisen zu überwinden. Vielmehr ist zu befürchten, dass er die Angebotspolitik der letzten dreißig Jahre weiter verfolgen und radikalieren wird.

Darauf deutet nicht zuletzt das zentrale Reformvorhaben der Macron-Administration hin. So wird mit großer Wahrscheinlichkeit bei Erscheinen dieses Artikels die im Wahlkampf angekündigte Arbeitsrechtsreform bereits umgesetzt sein. Es ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften, deren Einfluss Macron mit allen Mitteln zurückdrängen will. Mit der vierten Arbeitsmarktreform in drei Jahren zielt Macron auf eine weitere Dezentralisierung der Tarifpolitik und einer vollständigen Aufhebung des bereits durch das Loi El Khomri geschleifte Günstigkeitsprinzip⁶ bei Lohnverhandlungen. Zudem sehen die bereits veröffentlichten Punkte eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes, die Einführung einer neuen Form des befristeten Arbeitsvertrages, die Deckelung von Abfindungen sowie die Zusammenlegung der drei betrieblichen Arbeitnehmervertretungen vor⁷. Viele der Vorschläge knüpfen an vergangene Arbeitsmarktreformen an und weisen dabei große Überschneidungen mit den Politikempfehlungen des größten französischen Arbeitgeberverbandes MEDEF auf, mit dem Macron schon in seiner Zeit als Wirtschaftsminister und Präsidiumsberater eng zusammengearbeitet hatte (Syrovatka 2016: 172ff.). Der Vorsitzende von MEDEF, Pierre Gattaz, beurteilte daher auch den Ausgang der beiden Wahlen positiv als „historische Verschiebung“ und „einmalige Gelegenheit für Reformen“⁸.

Zur Durchsetzung seiner Reformpläne wird sich Macron auch autoritärer

5 Eine Gruppe von 35 Abgeordneten hat mit der „Groupe les Constructifs“ eine eigene konservative Fraktion gegründet, welche die Regierungspolitik von Macron unterstützt.

6 Betriebliche Vereinbarungen können Branchentarifverträge unterlaufen, auch wenn sie weniger günstige Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen bieten.

7 *Liberation*, 6.7.2017.

8 *Le Monde*, 17.6.2017.

Mittel bedienen. So hatte er bereits vor seiner Wahl angekündigt, seine geplanten Arbeitsmarktreformen per Dekret durchzusetzen. Damit umgeht er – trotz komfortabler Parlamentsmehrheit – das normale Gesetzgebungsverfahren, das eine zweifache Lesung sowohl im Parlament als auch im Senat vorsieht. Ziel ist, den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen und die Arbeitsmarktreformen binnen drei Monaten umzusetzen. Damit nutzt Macron ein weiteres Mal, nach dem *Loi Macron* 2015 und dem *Loi El Khomri* 2017, einen autoritären Politikmodus, um den Abbau von Arbeitnehmerrechten durchzusetzen (Syrovatka 2016; 2017).

Fazit

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben gezeigt, dass die politische Situation in Frankreich instabil und höchst volatil ist⁹. Zwar kann sich Macron auf eine stabile Parlamentsmehrheit stützen, jedoch beruht diese aufgrund der schlechten Wahlbeteiligung auf einem enormen Legitimationsdefizit. Eine autoritäre Durchsetzung angebotspolitischer Reformen, wie sie u.a. in der Arbeitsmarktpolitik geplant sind, wird die Legitimationskrise daher weiter vertiefen.

Frankreich befindet sich in einer gefährlichen Situation. Eine Ausweitung des „Prinzips des sich selbst regulierenden Marktes“ durch die geplanten neoliberalen Reformen wird die Krisendynamiken in Frankreich weiter vertiefen und ein Erstarren des autoritären Populismus begünstigen. Bei einer Spaltung der Konservativen besteht die Gefahr einer Neuformierung

der Rechten durch einen Zusammenschluss der konservativen Rechten und des FN. Die Unterstützung für Le Pen durch den Rechtskonservativen Nicolas Dupont-Aignan in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl könnte dabei eine Vorbildfunktion haben. Der nach den Präsidentschaftswahlen aufgebrochene Richtungsstreit und das weniger starke Ergebnis bei den Parlamentswahlen können zugleich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der FN seit 2011 zu einer „aktiven politisch-ideologischen Kraft“ (Hall 2014: 104) geworden ist. In der Form seiner politisch-strategischen Praxis konnte er ein Projekt artikulieren, das über das klassische rechtsradikale Spektrum hinaus Anziehungskraft entfaltet. Dafür sprechen nicht nur der Einzug von Le Pen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen und der Gewinn von acht Mandaten in der Nationalversammlung, sondern auch die mediale Präsenz und die politische Akzeptanz der Partei. Eine Vereinigung mit dem rechten Flügel der Konservativen könnte daher die politische Landkarte in Frankreich erneut grundlegend verändern und zu einer Neuformierung der Rechten wesentlich beitragen.

Durch die verschiedenen Krisendynamiken ist ein Kampffeld um die politische Gestaltung des Landes entstanden. Diese historische Situation bietet deshalb auch eine Chance für die Revitalisierung der Linken. Die Wahlen haben gezeigt, dass die Möglichkeit der Konstitution einer populären Linken besteht. Mit siebzehn Abgeordneten und einer eigenen Parlamentsfraktion verfügt LFI über eine komfortable Ausgangsposition für eine Konsolidierung und Neuformierung der Linken. Die Krise der Kommunistischen Partei und die Pulverisierung der Sozialdemokratie bietet der Linken nun die einmalige Chance, sich grundlegend zu

9 So stürzte Macron zuletzt in Umfragen deutlich ab und büßte deutlich an Zustimmung ein.

erneuern und ein gegenhegemoniales Projekt zu entwickeln. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, stabile und belastbare Strukturen zu schaffen, die über eine reine WählerInnenmobilisierung hinausgehen¹⁰. Die Aktivierung der gesellschaftlichen Linken muss in einer lokal verankerten Organisationsstruktur verstetigt werden. Nur dann hat die französische Linke die Möglichkeit, den marktliberalen Reformen von Macron ebenso wie einer revitalisierten Rechten etwas entgegenzusetzen. Die sieben Millionen WählerInnenstimmen für Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen sind dabei Verpflichtung und Verantwortung zugleich.

Literatur

- Andolfatto, Dominique u.a. (2016): *Le Front national et les ouvriers*. Paris.
- Bourdieu, Pierre (2004): *Der Staatsadel*. Konstanz.
- Candeias, Mario/Brie, Michael (2016): Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie. URL: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/>, Zugriff: 20.6.2017.
- Charle, Christophe (2017): Élités politiques et enseignement supérieur. Sociologie historique d'un divorce et d'un échec (1968-2012). In: *Pouvoirs*, Nr. 161: 31-50.
- Dörre, Klaus u.a. (2017): Zeitenwende oder: Zeit für eine Wende der Linken. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 4: 97-103.
- Giddens, Anthony (2001): *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt/M.
- Gombin, Joël (2015): Le changement dans la continuité géographies électorales du Front National depuis 1992. In: *Les fauxsemblants du Front national*. Paris: 395-416.
- Gramsci, Antonio (2012): *Gefängnishefte*. Hamburg.
- Hall, Stuart (2014): *Populismus, Hegemonie, Globalisierung* (Ausgewählte Schriften, Bd. 5). Hamburg.
- IPSONS (2017): 2nd tour sociologie des électors et profil des abstentionnistes. Paris.
- Martin, Pierre (2017): „Un séisme politique“. L'élection présidentielle de 2017. In: *Commentaire*, Nr. 158: 249-264.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft*. Berlin.
- Oberrndorfer, Lukas (2016): Europa und Frankreich im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 561-581.
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie*. Hamburg 2002.
- Schmidt, Vivien (2002): *The Futures of European Capitalism*. Oxford.
- Syrovatka, Felix (2015): Der Aufstieg der Madame Le Pen. In: *PROKLA* 45(3): 387-409.
- (2016): *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise*, Wiesbaden.
- (2017): *Die Rückkehr der Modernisten*. URL: <https://www.rosalux.de/publikation/id/14624/die-rueckkehr-der-modernisten/>, Zugriff: 20.6.2017.
- Vail, Mark (2010): *Recasting Welfare Capitalism. Economic Adjustment in Contemporary France and Germany*. Philadelphia.

10 Sie dazu die Kritik von Philippe Corcuff am Modell der „Bewegungspartei“ in *Liberation*, 29.6.2017.